

(05.09.2018 – 20.09.2018)

# Grüner Pressespiegel

*Karin Müller, MdL*

**20.09.2018 – Verkehrswende: Radschnellweg Frankfurt - Darmstadt für umweltfreundliches Pendeln**

Die GRÜNEN im Landtag sehen die heute von Verkehrsminister Tarek Al-Wazir vorgestellten Pläne für den ersten Bauabschnitt des Radschnellwegs Frankfurt Darmstadt als nächsten Schritt auf dem Weg zur Verkehrswende. „Der Bau der ersten Radschnellverbindung Hessens wird bereits in diesem Jahr zwischen Egelsbach und Darmstadt-Wixhausen starten. Direktverbindungen wie die zwischen Frankfurt und Darmstadt sind nur der Anfang einer Vielzahl von Radschnellverbindungen in den Ballungsräumen. Kombiniert mit den Möglichkeiten von Elektrofahrrädern sind Radschnellwege gerade für Pendlerinnen und Pendler eine neue, umweltfreundliche und kostengünstige Alternative zum Auto“, erklärt Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Radfahren ist im Aufwind. Wir wollen die Radschnellwege in ein hochwertiges Radnetz in Hessen einbinden. Das macht das Radfahren noch attraktiver und davon profitieren alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer. Denn damit reduzieren wir das Verkehrsaufkommen auf der Straße und die Treibhausgasemissionen in der Luft.“

Die Landesregierung von CDU und GRÜNEN engagiere sich für den Bau von Radinfrastruktur und Radschnellwegen. „Schon die Planung dieses ersten Bauabschnitts hat das Land Hessen mit 310.000 Euro gefördert. Für den Ausbau der Radwege und weitere Radinfrastruktur stellt der Doppelhaushalt 2018/2019 den Kommunen insgesamt 27 Millionen Euro zur Verfügung. Weitere fünf Millionen Euro sind für den Bau von Radwegen an Landesstraßen vorgesehen“, so Müller. „Für diesen Radweg und die weiteren vom Frankfurter Mainufer über Neu-Isenburg, Dreieich, Langen, Egelsbach und Erzhausen nach Darmstadt-Hauptbahnhof sollen Bundes- und Landesmittel eingesetzt werden. Doch die 25 Millionen Euro Fördermittel, die der Bund nach einer Änderung des Bundesfernstraßengesetzes im Jahr 2017 bereitstellt, sind weiterhin nicht nutzbar, weil sich der Erlass der Förderrichtlinie vom Bund immer weiter verzögert. Die Groko muss endlich tätig werden, wenn sie den Radverkehr wirklich fördern möchte.“

„Die hessische Landesregierung ist dagegen mehrspurig aktiv. Parallel zum Bau von Radschnellwegen und der Stärkung des Radnetzes hat sie das Programm ‚Radfahren neu entdecken‘

aufgelegt. Darüber werden bis Dezember 2019 Städten, Gemeinden und Kreisen 190 Pedelecs, E-Bikes und Lastenräder zur Verfügung gestellt, die für jeweils vier Wochen an Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen verliehen werden können. So geht Verkehrswende.“

*Karin Müller, MdL*

**20.09.2018 – LKW-Abbiegeassistent: GRÜNE starten Umfrage zur Sicherheit im Straßenverkehr**

In Hessen wurden 2017 durch Unfälle beim Abbiegen 48 Menschen schwer verletzt oder gar getötet. Die GRÜNEN im Landtag arbeiten kontinuierlich daran, die Zahl der Verkehrstoten auf null zu reduzieren. Deshalb haben sie eine Umfrage bei hessischen Unternehmen zum Einsatz von Abbiegeassistenten gestartet. „Wir GRÜNE sorgen uns im Straßenverkehr speziell um die Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern. Denn als einzige Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer haben sie keine Knautschzone. Assistenzsysteme wie der Abbiegeassistent warnen LKW-Fahrerinnen und -Fahrer vor einer drohenden Kollision und retten Leben“, betont Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Wir wollen wissen, wie stark solche Assistenzsysteme bei hessischen Unternehmen gegenwärtig eingesetzt werden und ob sie planen, Neufahrzeuge mit Abbiegeassistent anzuschaffen oder Altfahrzeuge nachzurüsten.“

„Den Berufskraftfahrerinnen und -fahrern setzen der immer weiter zunehmende Straßenverkehr, der stetig steigende Zeitdruck und die hohe persönliche Verantwortung für den reibungslosen Gütertransport zu. Auch sie sind bei traumatischen Erlebnissen wie Unfällen mit schwer verletzten oder getöteten Menschen eines der Opfer. Zwar bestreitet niemand die Sinnhaftigkeit von Assistenzsystemen wie dem Abbiegeassistenten bei LKW über 7,5 Tonnen. Dennoch ist der Einsatz des Abbiegeassistenten noch nicht verbindlich vorgeschrieben“, erklärt Müller. „Wir GRÜNE wollen das nicht länger hinnehmen. Wir haben uns darum sehr gefreut, dass die Hessische Landesregierung und insbesondere Verkehrsminister Tarek Al-Wazir im Juli 2018 eine Initiative im Bundesrat unterstützt haben, die die Bundesregierung auffordert, sich bei der Europäischen Union für den verbindlichen Einsatz des Abbiegeassistenten zu engagieren. Denn nur weil es richtig und sinnvoll ist, heißt das leider noch nicht, dass die Groko in Berlin sich von allein dafür einsetzen wird.“

Hintergrund: Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag hat am 17. September 2018 mehr als 50 hessische Unternehmen mit eigenem Fuhrpark zum Einsatz von Abbiegeassistenten angeschrieben. Diese haben bis zum 1. Oktober 2018 Zeit, auf die zwei Fragen zum aktuellen und geplanten Einsatz von Abbiegeassistenten zu antworten. Danach veröffentlicht die Fraktion die Antworten und eventuelle begleitende Aussagen der Unternehmen.

*Karin Müller, MdL*

**19.09.2018 – GRÜNE: Entschuldungsprogramm Hessenkasse - Wirkungsvolle und zielgerichtete finanzielle Unterstützung für den Landkreis Kassel**

Aus Sicht der GRÜNEN entlastet der Start des Entschuldungsprogramms Hessenkasse des Landes den Landkreis Kassel enorm. „Dank der Hessenkasse können sich 162 Städte, Kreise und Gemeinden zum ersten Ablösetag am 17. September 2018 auf einen Schlag von den Risiken ihrer Kassenkredite in Höhe von 3,6 Milliarden Euro befreien. Das Land hilft bei der Tilgung und übernimmt Zinslasten und Zinsänderungsrisiken“, erklärt Karin Müller, die für den Landkreis Kassel zuständige Landtagsabgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Vom Entschuldungsprogramm profitieren bei uns insbesondere die Kommunen Bad Emstal, Bad Karlshafen und Trendelburg, denen die Hessenkasse Kassenkredite in Höhe von rund 37,7 Millionen Euro abnimmt, damit werden unsere Kommunen in eine gute Zukunft geführt.“

„Mit der Hessenkasse hat die Landesregierung von CDU und GRÜNEN ein historisches und bundesweit einmaliges Entschuldungsprogramm zum Abbau von Kassenkrediten im Gesamtvolumen von rund fünf Milliarden Euro aufgelegt. Die kurzfristigen Kassenkredite, deren Zinssätze für die Kommunen unberechenbare Risiken bergen, werden insgesamt 178 hessischen Kommunen zu verlässlichen Bedingungen mit Einsatz von Landesgeld abgenommen“, betont Müller. „Am 17. Dezember 2018, dem zweiten Ablösetag, befreit die Hessenkasse die Kommunen dann komplett von Kassenkrediten und übernimmt die restliche Kassenkreditverschuldung in Höhe von 1,3 Milliarden Euro.“

Ergänzend zur Hessenkasse legt das Land für Kommunen, die keine Kassenkreditverschuldung aufweisen, ein weiteres Investitionsprogramm in Höhe von rund 700 Millionen Euro auf. „Es sind die Landkreise, Städte, Dörfer, in denen sich Menschen zu Hause fühlen und wo die Weichen dafür gestellt werden, dass es ihnen gut geht. Schwimmbäder, Kitas oder lebendige Innenstädte machen eine Stadt oder Gemeinde lebenswerter, kosten aber auch Geld. Deswegen unterstützen wir die Kommunen nicht nur

mit dem Entschuldungsprogramm, sondern auch mit weiteren Finanzierung- und Investitionshilfen“, so Müller. „Das Investitionsprogramm der Hessenkasse eröffnet Kommunen ohne Kassenkredite zusätzliche Handlungsspielräume für die Zukunft. Wo der Bedarf am höchsten ist, entscheiden sie selbst. Die Hessenkasse finanziert den Löwenanteil mit 90 Prozent der Investitionsausgaben. Das nutzt vor allem kleinen, finanzschwachen Kommunen und ist daher ein wichtiger Beitrag für die Entwicklung des ländlichen Raums.“

*Karin Müller, MdL*

**13.09.2018 – Elektromobilität: Polizei sorgt dank Elektroautos zukünftig umweltschonend für Recht und Ordnung**

Die GRÜNEN im Landtag gratulieren der Hessischen Polizei zur Übergabe von 25 neuen Elektrofahrzeugen durch Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir und Innenminister Peter Beuth. „Wir begrüßen den konsequenten Weg der Landesregierung zur Förderung der Elektromobilität. Die 25 Fahrzeuge mit Elektromotor sind nur der Beginn – bis 2020 werden insgesamt 57 Fahrzeuge an die Hessische Polizei ausgeliefert: 26 reine Elektrofahrzeuge und 31 Hybridmodelle. Damit sorgt Hessens Polizei zukünftig umweltschonend für Recht und Ordnung“, sagt Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Mit einer solchen Zahl von Fahrzeugen und Modellen verschiedener Hersteller können die Einsatzmöglichkeiten der Elektromobilität im polizeilichen Alltag erprobt werden. Durch diesen Praxistest unter extremen Bedingungen, wie sie der Polizeieinsatz regelmäßig erfordert, versprechen wir uns viele wertvolle Informationen zu Elektrofahrzeugen. Auf der Basis dieser Erkenntnisse wird die Landesregierung geeignet entscheiden können, wie sukzessive sämtliche Fahrzeuge der Hessischen Polizei durch umweltschonendere Elektrofahrzeuge ersetzt werden können.“

„Natürlich macht der Einsatz von Elektrofahrzeugen nur Sinn, wenn der Strom aus Erneuerbaren Energien erzeugt wird. Die Ende August vom GRÜNEN Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir vorgestellten Zahlen zum Anteil der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch im ersten Halbjahr 2018 zeigen, dass Hessen mit 22,5 Prozent bei der Versorgung mit sauberer Energie in großen Schritten vorankommt“, erklärt Müller. „Schritt für Schritt schreitet die Energiewende in Hessen voran und wird mit der Verkehrswende gekoppelt. Darum sind die 2,5 Millionen Euro für die 57 neuen Elektrofahrzeuge der Hessischen Polizei sehr gut investiert. Über alle Programme hinweg wird das Land Hessen im Jahr 2018 insgesamt 6,9 Millionen Euro zur Förderung der Elektromobilität in Hessen zur Verfügung stellen. Das ist siebenmal so viel wie zu Beginn der

Legislaturperiode 2014. Hinzu kommen fünf Millionen Euro, um Elektrobusse für den öffentlichen Personennahverkehr zu kofinanzieren. Das zeigt: Wir GRÜNE haben die Richtung der Politik geändert und Hessen kann Verkehrswende.“